



# VAdM-Kurier

57. Ausgabe: Mai 2024

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur  
57. Ausgabe unseres  
„VAdM-Kuriers“  
im Mai 2024

## Inhalt:

|  |          |
|--|----------|
| editorial  | Seite 1  |
| Aktualität   | Seite 2  |
| Sahra Wagenknecht entzaubert   | Seite 2  |
| Presseschau  | Seite 3  |
| Friedensforscher Galtung 93-jährig verstorben                            | Seite 3  |
| Historische Presseschau  | Seite 4  |
| Damit das Leid nicht sinnlos bleibt                                      | Seite 4  |
| Buchbesprechung  | Seite 6  |
| Stationen eines Völkermordes   | Seite 6  |
| Deutsche Minderheiten  | Seite 8  |
| Entre Rios ade! Rückwanderung der<br>Donauschwaben aus Brasilien, Teil 4 | Seite 8  |
| Erinnern   | Seite 9  |
| Der Kreisauer Kreis  | Seite 9  |
| Literatur aus Ostmitteleuropa/Impressum                                  | Seite 15 |

## editorial

Die Wahl zum EU-Parlament findet in ein paar Tagen statt. Endlich, denn der Streß, den die Medien und die älteren Parteien machen, ist schon fast unerträglich. Für diese geht es natürlich um viel, um den Erhalt der Meinungshoheit, weniger den der Meinungsfreiheit.

Die Proteste der Landwirte in ganz Europa haben gezeigt, daß eine überbordende Bürokratie, eine Überregulierung für den Wirtschaftsstandort Europa kontraproduktiv sind.

Das Friedensprojekt EU ist in Gefahr: Zur Beilegung der weltweiten Konflikte, von der Ukraine über Nahost bis in das Südchinesische Meer hat die EU bis dato entsprechend ihrer Wirtschaftsstärke politisch nichts beigetragen.

Eine konservative Partei, die vom Geist der Lützower von 1813, der Begeisterung der Burschenschaften 1819, dem patriotischen Elan der Hambacher 1831 sowie der bürgerlich-demokratischen Bewegung von 1848 ihren politischen Nektar zieht, wird vom Establishment generalstabsmäßig ausgegrenzt.

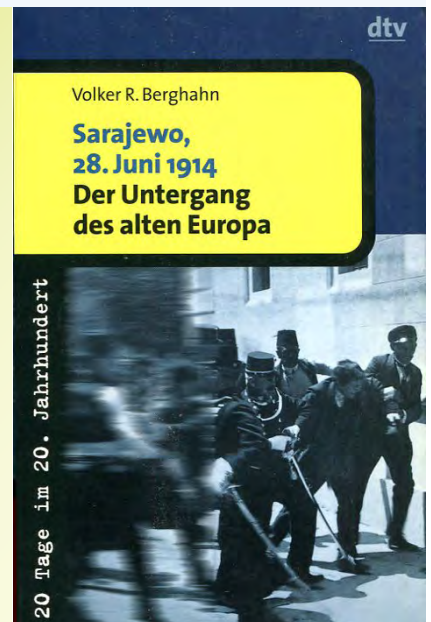
Vadim Derksen

Herbert Karl



## In diesem Jahr gibt es einige runde und weniger runde erwähnenswerte Jubiläen:

- 300 Jahre seit der Gründung mehrerer Banater Dörfer (u.a. Guttenbrunn, Perjamosch) im Zuge der Schwabenzüge;
- 200 Jahre deutsche Auswanderung nach Brasilien;
- 110 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs;
- 80 Jahre seit dem Attentat vom 20. Juli 1944;
- 80 Jahre seit dem Beginn des Exodus der Deutschen aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien
- 35 Jahre seit dem Fall der Mauer und dem Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa



20 Tage im 20. Jahrhundert

### Sahra Wagenknecht entzaubert

Der Historiker, Germanist und Philosoph Dr. phil. Klaus-Rüdiger Mai hat eben ein Buch: *Die Kommunistin. Sahra Wagenknecht: Eine Frau zwischen Interessen und Mythen* herausgebracht: Der Cato-Chefredakteur, Ingo Langner, interviewte den Autor in der Juni/Juli-Ausgabe des Magazins: *Rosa L. oder Sahra W.?*



Mai hat an Sahra Wagenknecht fasziniert, daß jemand, der von links kommt, nicht wenige Konservative und Liberale anspricht

„und von dem, was sie an politischer Statur mitbringt. Sie entwickelt eine Wirkung, die im deutschen politischen Betrieb einzigartig ist. Das erzählt nicht nur viel über sie, sondern auch über unsere Zeit“ (S. 8).

Sie bringe, so Mai weiter, Authentizität und habe ihre Karriere nicht mit, sondern *gegen* die Partei aufgebaut. Auch ihre Verteidigung des DDR-Grenzregimes und des Baus der Berliner Mauer würde ihrer Popularität nichts anhaben.

Die Inszenierung als „Wiedergängerin von Rosa Luxemburg“ stamme nicht von ihr, sondern von dem Schriftsteller und Dramatiker Peter Hacks, dieser „war von 1987 an rund zehn Jahre der erste große Förderer und Mentor von Sahra Wagenknecht.“ In seiner Korrespondenz lobte er sie »unsere Rosa,« bezog sich dabei auf ihren Aufsatz Marxismus und Opportunismus, der seinerzeit die PDS skandalisierte (S. 10).

Eine Überschrift des Buches: »Nunmehr Madonna des Neokommunismus,« so wurde sie in den 1990ern genannt, sei treffend, da „der Kommunismus keine Religion, aber eine Heilslehre“ sei: Dazu gehöre, daß Sahra Wagenknecht, die selbst das h in die Mitte ihres Vornamens setzte, sich *nicht* mit der Maueröffnung anfreunden konnte, diese Zeit als ihre *schlimmste* bezeichnete (S. 10).

Äußerst *problematisch*, so Mai, wäre ihr *wirtschaftspolitisches* Angebot eines „kreativen Sozialismus,“ der beide Welten, den Sozialismus und den Kapitalismus zusammenführe, aber das „Beste aus beiden Welten ergibt eben keine dritte Welt.“ Im Unterschied zu den Grünen will Frau Wagenknecht „an die Eigentumsverhältnisse herangehen,“ während diese eine faktische Enteignung (Stichworte Wärmepumpengesetz) bezwecken (S. 10). – Beide Modelle führen in die kommunistische Sackgasse.

Für Konzerne würde Wagenknecht eine Vermögenssteuer einführen, diese käme allerdings nicht dem Staat, sondern den Mitarbeitern zugute: Diese „sozialistische Milchmädchenrechnung“ habe die DDR schon in den Ruin geführt, „sind nicht mehr als das reformierte, erneuerte Volkseigentum in einem neuen Gewand“ (S. 11).

Der Interviewte stellt sich selbst die Frage, woher die Stimmen für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) kommen sollen? Mai meint, eher aus dem linken Spektrum, teils von der Union, weniger von der AfD, aber auf keinem Fall von den Grünen . . .

Es bleibt abzuwarten, ob das BSW, das offensichtlich in westdeutscher und Berliner Hand ist, ähnlich wie Wagenknechts Bewegung „Aufstehen“ aus 2019 kläglich scheitert (S. 11)

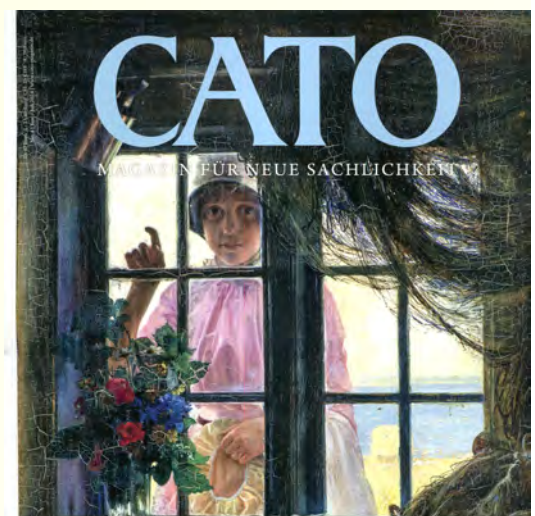
Anzumerken bleibt, daß diese Wiedergabe des Interviews *keinen* Anspruch auf eine Rezension hat. Die Themen Migration und Ukrainekrieg, Themen, bei denen sich das BSW der AfD annähert, wurden *nicht* angeschnitten. Die Frage, ob dies nur populistisches Fischen im AfD-Teich ist oder auf *eigenen* Überzeugungen beruht, bleibt somit *nicht* beantwortet.

Symptomatisch für das Lavieren des BSW war die Abstimmung über den Antrag der AfD „Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Rußland“ vom 18. Januar 2024 im Deutschen Bundestag bei dem es im Geleitzug der Altparteien einstimmig *gegen* den Antrag der Alternative für Deutschland stimmte.

Dieses Stimmverhalten hat das Bündnis Wagenknechts als Wurmfortsatz der Etablierten entlarvt: Beim AfD-Bashing muß man eben mitmachen, hier geht es nicht um die Sache selbst.

Bild: Cato, S. 9.

Herbert Karl



Nr. 4 | 2024  
**Augenblick mal!**

Im Interview: Klaus-Rüdiger Mai dechiffriert Sahra Wagenknecht  
Seite 6  
Eric Hendriks analysiert Chinas philosophischen Weg zur Weltmacht  
Seite 28  
Alex Baur dekonstruiert die lateinamerikanischen Sozialisten  
Seite 30



### Friedensforscher Galtung 93-jährig verstorben

17. Februar 2024, 16.15 Uhr

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung ist tot. Er gilt als zentrale Figur bei der Gründung der Friedens- und Konfliktforschung. Er starb im Alter von 93 Jahren, wie die norwegische Nachrichtenagentur gestern unter Berufung auf seinen Sohn meldete. Eine Sprecherin des Instituts für Friedensforschung Oslo bestätigte die Nachricht.

Galtung, am 24. Oktober 1930 geboren, studierte Mathematik und Soziologie. 1959 gründete er in Oslo das Institut für Friedensforschung (PRIO). Später lehrte er unter anderem an der US-Universität Princeton.

IMAGO/Agencia EFE

1987 wurde er mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Die Organisatoren würdigen ihn auf ihrer Internetseite als „Vater der Friedensforschung“. Auch in der Kommunikationswissenschaft hinterließ er prägende Spuren – dort beschäftigte er sich mit Nachrichtenfaktoren, also den Kriterien bei der Nachrichtenauswahl.

Galtung verfaßte mehr als 150 Bücher und mehr als 1.000 Artikel. Er wirkte in einigen Konflikten als Mediator. Bisweilen habe er auch für Kontroversen gesorgt und sei mit Antisemitismuskonflikten konfrontiert gewesen, meldete NTB.

red, [ORF.at/Agenturen](https://www.orf.at/Agenturen)

*Johan Galtung prägte insbesondere den Begriff der strukturellen Gewalt:*

„Durch die grundlegende Unterscheidung zwischen personaler und struktureller Gewalt bekommt Gewalt einen Doppelaspekt, und genauso ist es mit dem Frieden, der als Abwesenheit von Gewalt begriffen wird. Ein erweiterter Begriff von Gewalt führt zu einem erweiterten Begriff von Frieden: Frieden definiert als Abwesenheit von personaler Gewalt und Abwesenheit von struktureller Gewalt. Wir bezeichnen diese beiden Formen als negativen Frieden bzw. positiven Frieden“.

*Auszug: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt, Reinbek 1975, S. 32.*



# Historische Presseschau

Die Furche: 10. April 1958

## Damit das Leid nicht sinnlos bleibt

Der Kölner Universitätsprofessor für neue Geschichte Dr. Theodor Schieder erklärte kürzlich auf einer Tagung, daß die vom Bundesministerium für Vertriebene in Bonn herausgegebene Dokumentationsreihe nicht eine Art intellektueller Rache zu üben habe, sondern weitgehend auch die Vorgeschichte der Vertreibung einbeziehen müsse. Den bisherigen Publikationen dieser Reihe Über die Vertreibung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße (zwei Bände), aus Ungarn (ein Band), Rumänien (ein Band) und den Sudetenländern (zwei Bände) soll noch im Laufe dieses Jahres der in jeder Weise schwerwiegende Jugoslawien-Band (Vertreibung der Donauschwaben) folgen.

### Adalbert Karl Gauss

Die zeitgeschichtliche Dokumentationsliteratur der Donauschwaben ist dürftig. Die ersten Stellen, die sich damit beschäftigten, waren die Katholische Flüchtlingsseelsorge in Salzburg unter der initiativen Leitung des kürzlich verstorbenen Franziskanerpaters Prof. Stefan und das (evangelische) Christliche Hilfswerk, ebenfalls in Salzburg, mit dem heute in Cleveland lebenden Anton Rumpf an der Spitze. Aus der besonderen Situation jener Jahre heraus konzentrierten sich dann etwa 1948 bis 1950 die Dokumentationsbemühungen Pater Stefans auf den Einsatz der Volksdeutschen Waffen-SS, zumal es galt, jene diskriminierenden Bestimmungen der US-Einwanderungsgesetzgebung zu bekämpfen, die aus der vorausgesetzten Freiwilligkeit der Volksdeutschen Waffen-SS abgeleitet wurden. In engster Zusammenarbeit mit Konsistorialrat Prof. Haltmayer und dem Exponenten der Donauschwaben in den USA, Peter Max Wagner, der über seine parteipolitischen Beziehungen bis hinauf zu Truman durchsetzen konnte, daß der damalige DP-Chef John W. Gibson nach Salzburg entsandt wurde, wo ihm im Hotel Meran ein gutfundiertes, in zehn Exemplaren ausgefertigtes Elaborat überreicht wurde. Damit gelang es, auf internationaler Ebene die ersten bescheidenen und doch sehr weittragenden Erfolge zu registrieren.

Zwischendurch bemühte sich auf eigene Faust, lediglich in der Absicht, der deutschsprachigen Öffentlichkeit eine volkstümlich gehaltene Darstellung der Ereignisse vorzulegen der Journalist Leopold Rohrbacher, die Fülle seiner persönlichen Erlebnisse, umfangreiches Material von glaubwürdigen Gewährsleuten und die Aufzeichnungen des Kronzeugen des „jugoslawien-deutschen Golgatha“, Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Wilhelm Neuner zu verarbeiten. Das Ergebnis seiner zeitgeschichtlichen Durchdringung dieses Stoffes war der donauschwäbische Bestseller seit 1945 „Ein Volk ausgelöscht“. In seinem zusammenfassenden Ergebnis durchaus wahrheitsgetreu und stichhaltig, hat dieses erste, der breiten Öffentlichkeit vorgelegte Dokument aber den Nachteil, daß es in einzelnen, wenn auch oft nebensächlichen Details einer kritischen Überprüfung nicht immer standhält.

Die Mängel dieser Arbeit ergaben sich wohl auch daraus, daß die Gruppe dieses gigantische, für die damalige politisch-psychologische Situation lebenswichtige Unterfangen in keiner Weise unterstützte. Teils weil Rohrbachers „klerikale“ journalistische Vergangenheit den Volksgruppenakteuren von einst nicht behagte und sein Anliegen über den intakt gebliebenen „Apparat“ – einzig die „Organisation“ überdauerte das Grauen 1 – sabotierte, teils weil Rohrbacher andeutungsweise auch in jene Zusammenhänge hineinzuleuchten begann, die der Vertreibung vorausgingen und diese – wenn auch in keiner Weise entschuldigbar oder zu rechtfertigen – allenfalls psychologisch vorbereiten half.

Erst Jahre darnach, als sich die Volksdeutsche Forschung auch mit den zeitgeschichtlichen Publikationen etwa der Jugoslawen auseinanderzusetzen begann, dämmerte es allmählich, wie ausschlaggebend psychologisch die Vorgeschichte der Vertreibung in die Waagschale fiel, wenn man begreifen wollte, was in den Jahren 1944 bis 1946 vor den schreckgeweiteten Augen der Beteiligten abgerollt war. Hinter die letzten Geheimnisse der geradezu pathologischen Brutalität der Banater Zigeuner kommt man erst, wenn berücksichtigt wird, daß während der deutschen Besetzung 1941 bis 1944 das fahrende Volk einer „Haarschneideaktion“ ausgesetzt war und gemäß der Verfügung irgendeines wahnwitzigen Verwaltungsbeamten jeder Lausbub, wo immer er des „lichtscheuen Gesindels“ beiderlei Geschlechts habhaft wurde, es seiner Lockenpracht entblößen konnte. Man wird die Unmenschlichkeiten, begangen an den Batschkaer Schwaben 1944 bis 1945, tiefenpsychologisch nur auf dem Hintergrund des Neusitzer Blutbades im Winter 1941 bis 1942 richtig deuten können, als eine entmenschte ungarische Soldateska in drei Tagen und qualvollen Nächten an die 8000 Serben und Juden an der Donau unter das Eis schoß. Aber auch die Intransigenz königstreuer Serbenführer; den legendären Tschetnikgeneral Draža [eigentlich: Dragoljub] Mihajlovič miteingeschlossen, dessen 1943 im Dorfe Ba formuliertes Programm die Ausrottung der deutschen Minderheit vorsah, wird man in Zusammenhang bringen müssen mit der subversiven Tätigkeit einiger Volksgruppenakteure, die lange vor 1941 gewissenlos genug waren, das Vorfeld der Volksgruppenorganisation als Nachrichtenstelle für die Canaris-Abwehr mit zwei Geheimsendern „Nora“ und „Vera“ zu mißbrauchen.

Fortsetzung auf S. 5





Fortsetzung von S. 4

Rohrbachers Buch, das Werk eines in die Vereinsamung gedrängten Einzelgängers, war eine erste donauschwäbische Bilanz. Es war aber kein wirksames Gegenstück den schon 1945 auf Hochtouren angelaufenen tito-jugoslawischen Dokumentationsbemühungen gegenüber. Auf internationaler Ebene, das merkte man bald auch bei den Friedensverhandlungen, wo wiederholt auch das Volksdeutsche Problem zur Sprache kam, wog das von Tito herausgegebene sechsbändige Werk „Zlocini okupatora i njihovih pomagaca“ (Die Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfershelfer) schwerer. Wir hatten die Heimat verloren, nun galt es, sich allmählich damit abzufinden, daß mit den Verbrechen einzelner die ganze Gemeinschaft belastet wurde.

Rohrbacher gab aber noch nicht auf. Mit seiner Broschüre „Die Ausrottung der deutschsprachigen Minorität in Jugoslawien“ (1949) nahm er nochmals einen Anlauf. Aber auch er blieb erfolglos.

Schon etwa 1948 reifte auch im Kreis um den exponierten Minderheiten-Parlamentarier Dr. Stephan Kraft ein Dokumentationsplan aus, zu dessen Verwirklichung sich eine Reihe von Mitarbeitern hauptsächlich aus der Volksgruppenarbeit von einst bereitwillig zur Verfügung stellte. Die gesammelten Unterlagen blieben aber irgendwo in einer Schreibtischlade unausgewertet liegen, als das Bonner Vertriebenenministerium die Erhebungsarbeiten für das gesamte Geschehen im Osten und Südosten auf wenige subventionierte Stellen konzentrierte, von denen für den Südosten das Südostdeutsche Kulturwerk unter der Leitung von Prof. Dr. Fritz Valjavec (München) als die einzige Auffangstelle ausersehen wurde. Die Wissenschaftliche Kommission in Bonn, die mit der Bearbeitung des Materials beauftragt wurde, hat inzwischen unter dem Kölner Universitätsprofessor Dr. Theodor Schieder die eingangs erwähnte Dokumentationsreihe begonnen.

Am Ungarn-Band dieser Dokumentationsreihe entzündete sich eine Diskussion, die in verhängnisvoller Weise jene brüchigen Stellen des historischen Volksgruppenbildes eines Teiles der auch heute noch in der Verantwortung stehenden Männer offenbarte, die nicht fähig oder nicht willens waren, mit einer unseligen Vergangenheit endgültig zu brechen. Die Vertreibung kann nicht allein aus Volksdeutscher Sicht heraus beurteilt, sondern muß als historisches Phänomen im Rahmen der Weltpolitik im allgemeinen und der Ostpolitik des Dritten Reiches im besonderen gesehen werden. Es ist kein Geheimnis, daß ausländische Institute heute auch über den letzten Abschnitt der deutschen Ostpolitik, über die Verflechtung der Volksgruppenorganisationen vor allem mit dem SS-Führungshauptamt über die VOMI über viel umfassenderes dokumentarisches Quellenmaterial verfügen als die Deutschen selbst. Aus dieser Volksdeutschen Ortsblindheit heraus kommt es zu jener verhängnisvollen Selbsttäuschung darüber, inwiefern uns als Vertriebenen nach all dem, was 1945 die deutsche Katastrophe heraufbeschwor, Möglichkeiten geboten sind, unsere Anliegen vor der großen Welt zu vertreten. In richtiger Einschätzung dieser Gesamtlage hat das Bundesministerium für Vertriebene in Bonn noch unter Minister Dr. Lukaschek [siehe dessen Wirken im deutschen Widerstand unter dem Beitrag *Der Kreisauer Kreis* in diesem Kurier] der Wissenschaftlichen Kommission unter Schieder die „volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung“ gewährleistet.

Was in der Volksdeutschen Publizistik nach 1945 nicht und nicht in Fluß kommen wollte, nämlich eine verantwortungsbewußte Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit, einer Vergangenheit, die immerhin der Volksgruppe in ihrer Gesamtheit Entrechtung, Vertreibung, Vernichtung gebracht hat, im Dokumentationswerk des Vertriebenenministeriums wurde sie auf breitester Linie vorangetragen, und zwar in einer so objektiven Weise, daß selbst die Engländerin Elisabeth Wiseman, die dem Volksdeutschenproblem, gelinde gesagt, sehr kritisch gegenübersteht, die Darstellung der Wissenschaftlichen Kommission bisher in keinem entscheidenden Punkt widerlegen konnte. Es kann nicht darum gehen, Fehlentwicklungen von früher zu verschleiern, zu unterschlagen oder zu rechtfertigen, da es auch uns Heimatvertriebenen bei der Bereinigung dieses düsteren Kapitels ausschließlich darum gehen muß, eine neue moralische Kraft zu entwickeln, „um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ja ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt“ (aus dem Vorwort zum Band I/I der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“).

Quelle: <https://www.furche.at/feuilleton/zeitgeschichte/damit-das-leid-nicht-sinnlos-bleibt-6644450>



Forschungen zur Geschichte  
ethnischer Vertreibung  
Band 1



Manfred Kittel

## Die zwei Gesichter der Zerstörung

Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention  
und die Vertreibung der Deutschen

Duncker & Humblot · Berlin

Historiker Manfred Kittel über den Ge-  
nozid:

Die zwei Gesichter der Zerstörung

von [Felizitas Küble](#)  
6. Mai 2024

*Am 12. April 2024 erschien in der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) ein kenntnisreicher und gehaltvoller Leserbrief von Prof. Dr. Manfred Kittel aus Berlin. Der Historiker (siehe Foto) lehrt an der Universität Regensburg und ist u.a. Vize-Vorsitzender der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“.*

*In seinem Buch „Die zwei Gesichter der Zerstörung“ schreibt er wissenschaftlich fundiert über die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat im Osten während und nach dem Zweiten Weltkrieg.*

*Dabei geht es auch um den Völkermord-Begriff und die „ethnische Säuberung“. Der Zeitgeschichtsexperte erläutert die „zwei Gesichter“ des Genozids, wozu neben der direkten Ausrottung auch die Zerstörung einer Volksgruppe durch Massenvertreibung gehören kann.*

*Mit freundlicher Genehmigung von Prof. Kittel dokumentieren wir hier vollständig seine Zuschrift an die FAZ:*

Genozidale Vertreibung

Den Tenor des Kommentars von Reinhard Müller („Die Auslöschung der eigenen Kultur“, FAZ, 9.4.2024) zum oft verdrucksten bundesrepublikanischen Umgang mit dem Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa kann ich vor meinem Erfahrungshintergrund als Gründungsdirektor der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* im Kern nur bestätigen.

Bemerkenswert ist auch sein Hinweis auf die „genozidale Vertreibung“, der an eine wenig bekannte Argumentation des Vaters der UN-Genozidkonvention und Holocaust-Überlebenden Raphael Lemkin beim Konventionsbeitritt der Bundesrepublik 1954 erinnert.

Fortsetzung auf S. 7





Danach lag auch der großen Vertreibung der Deutschen aus dem Osten um 1945 die Absicht zugrunde, eine „nationale Gruppe“ (Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutsche et al.) in ihrer Einheit und Geschlossenheit „ganz oder teilweise zu



zerstören“.

Zu den in Zerstörungsabsicht zu begehenden Handlungen zählt die UN-Konvention neben Tötungen etwa auch „schon“ die Verursachung „von schweren körperlichen oder seelischen Schäden“ sowie eine Reihe anderer Delikte.

*BILD: Gedenkstein des BdV (Bund der Vertriebenen) in Friedrichshafen*

Wie in einer Studie über die „zwei Gesichter der Zerstörung“ von mir jüngst näher untersucht, hat sich der Deutsche Bundestag damals von der CDU bis zur SPD Lemkins weitem Genozidbegriff angeschlossen und Völkermord als § 220a im StGB verankert.

Dies fand auch in unserer Rechtsprechung seinen Niederschlag. 1999 verurteilten deutsche Gerichte etwa einen bosnischen Serben, der einige Jahre zuvor auf dem Balkan schwerste Verbrechen an Muslimen verübt hatte, aufgrund dieses Paragraphen.

Der Pflichtverteidiger hatte argumentiert, dem Angeklagten sei es lediglich „um eine Vertreibung der Muslime gegangen, nicht um ihre Vernichtung“. Vertreibungspolitik reiche aber nicht aus, um jemanden wegen Völkermordes zu bestrafen. Denn dann würde ja „auch die Vertreibung der Sudetendeutschen“ aus der Tschechoslowakei „unter Völker-



mord fallen“.

*BILD: Gedenk-Kerzen für die Opfer der Vertreibung (St. Gerhards-Werk)*

Der Strafsenat des Bundesgerichtshofs, der in der Berufungsinstanz urteilte, sah das – wie vor ihm das Düsseldorfer Oberlandesgericht – aber anders:

Völkermord liege nicht nur dann vor, wenn eine Volksgruppe vollständig physisch vernichtet werden solle. Es gehe vielmehr um die Zerstörung der Gruppe „als solche“, nicht des einzelnen. Denn wenn man die Gruppenmitglieder der bosnischen Muslime in alle Welt zerstreue, würde auch die Gruppe nicht mehr existieren.

In der Tat: Im Fall bosnischer Muslime kann man schwerlich anders argumentieren als im Fall ostpreußischer Protestanten oder sudetendeutscher Katholiken.

International mag heute bei Völkerrechtlern eine engere, „physische“ Deutung von Genozid vorherrschen. Doch der weite Begriff im Sinne Lemkins erfasst ein viel größeres Spektrum an existentiellen Verbrechen gegen nationale oder religiöse Gruppen, wie sie sich bis heute leider viel zu oft ereignen – wenn auch nicht ganz so häufig, wie Propagandisten der Hamas oder Putins das glauben machen wollen.

*Quelle: [Historiker Manfred Kittel über den Genozid: Die zwei Gesichter der Zerstörung - Christliches Forum](#)*

## Deutsche Minderheiten

Entre Rios ade!

### Gründe der Rückwanderung der Donauschwaben aus Brasilien nach Deutschland

Teil 4

Die Anfänge der donauschwäbischen Rücksiedler aus Brasilien gestalteten sich – wie die aller Aussiedler und Spätaussiedler vor und nach ihnen – schwierig. Eine besondere Benachteiligung entstand ihnen dadurch, und das waren die meisten unter ihnen, daß sie sogenannte Stichtagsversäumer (siehe Kasten) waren und damit *keinen* Anspruch auf Lastenausgleich hatten (Teppert, S. 12).

Die meisten Brasilien-Rückwanderer ließen sich in Aldingen, Bruchsal, Rastatt und Gosheim nieder; sie wurden „eine Bereicherung in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.“ Da die meisten brasilianischen Donauschwaben früher Bauern waren, sah dies das Innenministerium als eine *Integrationshürde*. Weil sie aber gute Deutschkenntnisse hatten und an ihren Arbeitsplätzen flexibel und strebsam waren, schafften viele von ihnen sogar einen beruflichen Aufstieg (Teppert, S. 11).

Lediglich zwei Rücksiedler mit ihren Familien zog „es abermals von Deutschland weg zurück in das tropische Großreich:“ Anton Keller ging 1987 nach Campo Novo im Bundesstaat Mato Grosso und Adolf Annas kehrte am 5. Januar 1974 nach Entre Rios zurück: Nach harten Jahren konnte er hier als Landwirt seinen Weg machen (Teppert, S. 12).

Durch die engen Verwandtschaftsbeziehungen rissen die Verbindungen nach Brasilien nicht ab, so daß der Stadtrat von Rastatt 1987 einstimmig beschloß, die *Patenschaft* über die donauschwäbische Kolonie zu übernehmen. Dadurch kam es zu einem regen Austausch: Zum zehnjährigen Jubiläum des „Obhutsverhältnisses“ besuchte eine Delegation die deutsche Kolonie und schloß mit Entre Rios und der Bezirkshauptstadt Guarapuava eine enge Zusammenarbeit auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie in Fragen des Umweltschutzes.

Andererseits besuchte eine Abordnung der fünf Kolonistendörfer im Sommer 1988 die Landsleute in Tuttlingen, Aldingen, Gosheim, etc. Der Präsident der Siedlung, Mathias Leh, dessen Verdienste für die Kolonie in einer weiteren Folge noch erörtert werden, würdigte in seiner Ansprache in Gosheim die Bemühungen der deutschen Gemeinde bei der Integration der Rückwanderer, vor allem „die bei der Ausstellung von Einreisepapieren bahnbrechenden Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters Weber“ (Teppert, S. 12).

Die Rückwanderung der stark gebeutelten Donauschwaben aus der brasilianischen Kolonie – die nicht von dem Trauma der Vertreibung belastet war – führte zum Ausbau der transatlantischen Beziehungen und zu einem gegenseitigen fruchtbaren Austausch.

Es bleibt festzuhalten:

*„Summa summarum stand bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre tatsächlich die Existenz der Siedlung auf dem Spiel, denn die zum Bleiben Geneigten waren durch den Schwund um sie herum gehörig verunsichert. Auf der anderen Seite hat aber die Abwanderung den zur Entfaltung nötigen Raum geschaffen“ (Teppert, S. 13).*

Auf die zahlreichen Verbindungen zwischen der nun langsam zu einem bescheidenen Wohlstand gekommenen Kolonie im brasilianischen Urwald und den sich in Deutschland integrierten donauschwäbischen Rücksiedler wird in weiteren Folgen eingegangen werden.

Quelle:

Stefan Teppert: Die Rückwanderung donauschwäbischer Kolonisten aus der südbrasilianischen Siedlung ENTRE RIOS in die Bundesrepublik Deutschland. Kleine Festschrift zum 11. Treffen der Brasilien-Rückwanderer am Pfingstsonntag, 27. Mai 2007 in Rastatt, Im Selbstverlag, Meßstetten 2007.

Abbildung: Stichtagsversäumer (PAZ–Ostpreußenblatt vom 30. November 1974:

[https://archiv.preussische-allgemeine.de/1974/1974\\_11\\_30\\_48.pdf](https://archiv.preussische-allgemeine.de/1974/1974_11_30_48.pdf)

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

### Neues aus der Sozialpolitik

#### Entschädigungsanträge

Bonn – Am 31. Dezember 1974 läuft die Frist zur Beantwortung der Schadenfeststellung und der Entschädigungszuerkennung nach dem Reparationsschädengesetz ab. Das Reparationsschädengesetz berührt die Vertriebenen im allgemeinen nicht. In zwei Sonderfällen können jedoch auch Vertriebene unter das Reparationsschädengesetz fallen: im Bundesgebiet wohnende „Stichtagsversäumer“, die Lastenausgleichleistungen nicht erhalten können, und ausgewanderte Vertriebene, denen Lastenausgleichleistungen nicht zustehen. Die Antragstellung hat beim zuständigen Ausgleichsamt zu erfolgen, bei Ausgewanderten beim zuständigen Konsulat der Bundesrepublik; dort gibt es auch die erforderlichen Antragsformulare. Da die Frist auf keinen Fall verlängert wird und bei Fristenversäumnis auch in entschuldbaren Fällen keine Nachsicht gewährt werden kann, ist in Anbetracht der weittragenden Folgen unbedingt anzuraten, in Zweifelsfällen mit dem Ausgleichsamt oder dem Konsulat Föhlung aufzunehmen. Fehlen Beweismittel oder können detaillierte Angaben nicht gemacht werden, können die Beweismittel oder die Einzelangaben auch nach dem 31. Dezember 1974 nachgereicht werden. N. H.



### Der Kreisauer Kreis

#### Teil 3

#### Johannes Popitz

Im letzten Kurier wurde das Treffen vom 8. Januar 1943 der beiden Widerstandsgruppen, der Goerdeler-Gruppe und des Kreisauer Kreises, bereits erwähnt. Seitens Ersterer nahm auch der preußische Finanzminister, Johannes Popitz, daran teil. Jahrgang 1884, studierte er Jura und war seit dem Beginn der Weimarer Republik 1919 im Reichsfinanzministerium tätig. Zwischen 1925 und 1929 war Popitz Staatssekretär und 1932/33 Reichminister ohne Geschäftsbereich. Im April 1933 wurde er preußischer Finanzminister.

Während Ulrich von Hassell seine staatspolitischen Vorstellungen, u. a. die eines *Staates der Zukunft* in einer Reihe von Publikationen darstellte, entwickelte Popitz zusammen mit von Hassell, Ludwig Beck, Jens Jessen und Erwin Planck seit 1938 in zahlreichen Beratungen ein vorläufiges *Staatsgrundgesetz*. Goerdeler selbst war offensichtlich an diesen Beratungen *nicht* beteiligt:

*„stand doch ihr Ergebnis, wie schon Gerhard Ritter gezeigt hat, »in schroffem Widerspruch zu seinen eigenen Zielen«: Während der von Goerdeler geplante Staat der Zukunft »ganz entschieden ein Volks-, ja man kann sagen ein Arbeiterstaat« war, wirkte der Verfassungsplan um Popitz »in seiner kalten, klaren Rationalität« beinahe wie ein Dokument des »aufgeklärten Absolutismus“ (Schöllgen, S. 158).*

Schon Anfang 1940 entstand unter der Federführung von Popitz und Ulrich von Hassell ein Verfassungsentwurf für die Zeit nach der NS-Diktatur:

*„Er trug unverkennbar autoritär-staatliche Züge. Wohl ist Goerdeler bald davon abgerückt, wie überhaupt nicht übersehen werden darf, daß es in den ständig wechselnden Zirkeln, die erst im nachhinein begrifflich zur »Gruppe« zusammengefaßt wurden, zu jeder Zeit Gegensätze und Meinungsverschiebungen gab“ (Fest, S. 150).*

Bemerkenswert bei dem erwähnten Treffen seitens der Gruppe um Goerdeler ist, daß *nur* dieser sehr souverän das Wort führte; Ulrich von Hassell, Popitz, Jens Peter Jessen und Generaloberst Ludwig Beck hielten sich zurück (Fest, S. 150). Bis auf Goerdeler waren alle Mitglieder der *Mittwochsgesellschaft*, deren Anfänge noch auf die Kaiserzeit zurückging; während der NS-Zeit beschäftigte sich dieser vor allem mit *verwaltungs- und staatsrechtlichen* Grundsatzfragen.

In dieser elitären Mittwochsgesellschaft dozierte Popitz über Staats- und Verfassungsrecht, so am 11. Dezember 1941: *Über den Begriff »Reich«*, am 2. Juni 1943: *Über die künftige Gestaltung der Sozialordnung* und in einer der letzten Sitzungen: *Über den Begriff des Staates* (Scholder, S. 364ff.).

In der Sitzung vom 23. November 1938 ging es Popitz um Hemmungen, die der Durchführung der Reichsreform entgegenstanden (siehe Protokoll: Scholder, S. 204ff.). Der Protokollant der 974-ten Sitzung zieht das Fazit:

*„Alles drängte also dazu, eine Entscheidung über die Gliederung des Reiches, seinen Verwaltungsaufbau und das Ausmaß finanzieller Dezentralisation zu treffen, um aus einem aliquod monstrum [irgendeinem Monstrum] einen wirklichen deutschen Einheitsstaat zu machen“ (Scholder, S. 206).*

Bild: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/johannes-popitz.html>

Fortsetzung auf S. 10



## Erinnern

Fortsetzung von S. 9

Die letzte Fassung eines entsprechenden *Gesetzesentwurfes* versteckte Popitz in seiner Bibliothek. Bemerkenswert ist der Artikel 4:

*„4. Den Ländern werden zur Erledigung in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung unter Aufsicht des Reiches Aufgaben übertragen, die sie zur tätigen Mitwirkung an der Pflege der Wirtschaft und Kultur in den ihnen anvertrauten Reichsteilen berufen. Sie sollen dabei Wahrer der wertvollen Tradition der deutschen Stämme und der früheren deutschen Territorien sein. Ein Finanz- und Lastenausgleich für das gesamte Reichsgebiet wird sicherstellen, daß sich in allen Teilen des Reiches eine für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben befähigte Selbstverwaltung entwickeln kann . . .“ (Scholder, S. 206, Rekurs auf: Ulrich von Hassell: Vom anderen Deutschland).*

Dies ist katholische Soziallehre pur, deren eine Säule: Subsidiarität sich auch die EU anfangs auf's Panier schrieb, aber real, mit der Übernahme weitgehender Kompetenzen durch Brüssel *nicht* mehr lebt.

Ulrich von Hassell problematisiert in seinen Tagebüchern:

*„Um elf Uhr bei Popitz. Eingehende, sehr sachliche und offene Aussprache. Er sieht ganz klar. Trotzdem die Hauptsache noch fehlt, nämlich der handelnde General, meint er, man müsse sich schon im kleinsten Kreise unterhalten, wie man eintretendenfalls handeln wolle. Goerdeler und Planck geeignete Teilnehmer. [ . . . ] Sich selbst denkt P[opitz] als künftigen Erziehungsminister.*

*Er gefiel mir sehr gut in seiner Sachlichkeit und tieffernsten Sorge. Zum Schlusse kamen wir auf die Monarchie, die er zuerst noch zurückstellen möchte (anders Goerdeler)“ (Hassel, S. 133f.).*

Umstritten hingegen schien Popitz' Vortrag über das »Reich« (1005. Sitzung der Mittwochsgesellschaft), den von Hassell allerdings als „glänzenden Vortrag von Popitz über den Reichsgedanken“ aufnahm (Hassel, S. 220). Popitz sah in der Sorge um die Einheit des Reiches während der Weimarer Zeit, ähnlich wie sein Freund Carl Schmitt, im *Fortbestand Preußens als der Einheitsmacht*, daß dies den anderen, vor allem den Bayern nicht behagte, lag auf der Hand. – Die alliierte Propaganda richtete sich gerade gegen den vermeintlichen preußischen *Militarismus*, entsprechend hatte Preußen in der Nachkriegsordnung *keinen* Platz mehr.

Gab es bei den Kreisauern 1940 noch kein Konzept einer *Neugestaltung* Deutschlands,

*„ergab sich seit 1942 und seit der Konkretisierung der Pläne eines militärischen Umsturzes durch Stauffenberg eine veränderte Konstellation. Es fällt eine gewisse Kongruenz der verfassungs- und gesellschaftspolitischen Planungen des Kreisauer Kreises und der Gruppe um Goerdeler auf . . .“ (Karpen, S. 17).*

Bemerkenswert: Der von dem Kreisauer Carlo Mierendorff zu Ostern 1943

*„entwickelte Gedanke einer demokratischen Volksbewegung, der zuerst in dem im Nachlaß Moltkes überlieferten Programm der »Sozialistischen Aktion« enthalten war, konnte von ihm als Anwendung des Prinzips der »kleinen Gemeinschaften« verstanden werden. Denn es war dabei an den Zusammenschluß einer gleichgesinnten Verantwortungselite gedacht, die das Rückgrat der Volksbewegung bildete“ (Karpen, S. 17).*

Die Verhaftung Helmuth James Graf von Moltkes trug dazu bei, daß es nicht zu einem *programmatischen* Abgleich der beiden Lager kam.

Theodor Steltzer, der die Verfolgung überlebte,

*„hat bei Konrad Adenauer auf das Schärfste gegen die Grundgesetzesfassung Einspruch erhoben, obwohl er Mitbegründer der CDU in Schleswig-Holstein war. Er sagte, daß die Kreisauer Grundsätze in dieser Parteiendemokratie nicht berücksichtigt worden seien. Es gab einfach ein anderes Konzept“ (Mommsen in der Podiumsdiskussion, siehe Karpen, S. 26).*

Fortsetzung auf S. 11



Fortsetzung von S. 10

Durch seine erwähnten Funktionen hatte Popitz einen Überblick des NS-Machapparates, und verfiel, nachdem diverse Versuche, den Diktator zu stürzen, gescheitert waren, auf die Idee, diesen mit Hilfe seiner Paladine Himmler und Göring zu stürzen. Unter Umständen sollte letzterer, den man als gemäßigt einschätzte, den ‚Führer‘ ersetzen; nachdem sich aber dieser „Reichmarschall“ als unfähig erwies, den deutschen Luftraum zu schützen, wurde dieses Ansinnen verworfen.

Solche Überlegungen waren im Goerdeler-Kreis nicht neu: Z. B. aus Kontakten zu einem Beamten Himmlers im September 1941

*„gewann Hassell aus dieser Unterredung den Eindruck, »daß man sich in Himmlers Rayon schwere Sorgen macht und über Auswege grübelt«. Es ist mithin nicht auszuschließen, daß Himmler den Faden »weiterverfolgen« lassen wollte, um sich diese und ähnliche Kanäle für seine eigenen Pläne zunutze zu machen“ (Schöllgen, S. 129).*

Über Himmlers Rechtsanwalt, Carl Langbehn, nahm Popitz Kontakt zu diesem auf, um das Regime

*„durch eine »Palastrevolution« von innen her aufzubrechen oder doch die Gegensätze unter den Machthabern so zu verschärfen, daß der in Gang geratene Zersetzungsprozeß sich noch beschleunigte“ (Fest, S. 232).*

Viele Chronisten des Widerstandes erwähnen dieses seltsame, aus der Verzweigung heraus geborene Gespräch vom 26. August 1943: Es war:

*„ein abenteuerliches, aber mit höchster diplomatischer Kunst durchgeführtes Unternehmen. Es bestätigte, was man im Kreise der Verschwörer schon länger vermutete, daß Himmlers Glauben an die Unfehlbarkeit des Führers und an seinen Endsieg nicht frei von innerer Unsicherheit war“ (Ritter, S. 355).*

Die Problematik sieht Ritter in der Kompromittierung des Widerstandes durch den Kontakt mit dem NS-Machthaber:

*„Aber dieser blutbefleckte Scherge und beschränkte Fanatiker war geistig viel zu unselbständig, letztlich überhaupt eine zu jämmerliche Figur, als daß sich auf ihn irgendwelche Pläne zum Staatsstreich hätten aufbauen lassen. Popitz kann kein guter Menschenkenner gewesen sein, wenn er das nicht von Anfang an durchschaute“ (Ritter, S. 355).*

Der Kreis um Goerdeler ging ursprünglich davon aus, daß der Regierungswechsel „bei weitgehender Aufrechterhaltung der bestehenden Institutionen einschließlich der DAF [Deutsche Arbeitsfront]“ erzwungen werden könnte. Bemerkenswert:

*„Die frühen Verfassungspläne, an deren Abfassung von Hassell und Popitz maßgeblichen Anteil hatten, gingen von der Errichtung eines autoritären Regierungssystem mit korporativen Zügen aus, das nur begrenzte demokratische Mitwirkungsrechte vorsah“ (Mommsen, in: Benz: Lexikon, S. 59).*

Im Zuge der Durchleuchtung von Carl von Stauffenbergs Umfelds stieß man schnell auf Johannes Popitz: Er wurde schon am 21. Juli verhaftet und am 3. Oktober 1944 zum Tode verurteilt. Er gehörte einige Zeit noch zu den von Himmler im Hinblick die sich abzeichnenden Niederlage geschonten *Ehrenhäftlingen*. Dennoch wurde er am 2. Februar 1945 in Plötzensee hingerichtet.

## Hans Lukaschek

Auch Hans Lukaschek entstammte, wie viele der hier betrachteten Protagonisten des deutschen Widerstandes aus dem *Osten* Deutschland: Geboren wurde er am 22. Mai 1885 in Breslau in eine Familie, „die sich traditionell zum Katholizismus bekannte und ihren Sohn in diesem Sinne erzog.“ Aus gesundheitlichen Gründen unterbrach er das Gymnasium und wechselte zwischen 1903 und 1905 auf die deutsche Auslandsschule Fridericianum in Davos (Ellmann, S. 17). Hierdurch erweiterte sich sein europäischer Horizont, was für seine Zukunft wegweisend war.

Zwischen 1906 und 1909 studierte Lukaschek Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau und Berlin; seine Vorlieben galten zudem der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches sowie der Habsburger Monarchie. Vom Wehrdienst befreit, wurde er Mitglied der Zentrumspartei, die in Schlesien eine ihrer Hochburgen hatte. 1916 wurde er zum Bürgermeister der oberschlesischen Stadt Rybnik gewählt.

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Lukaschek nun auch Landrat

*„im Einvernehmen aller Parteien auf deutscher Seite zum Leiter der geplanten Volksabstimmung eingesetzt. Damit trug er die Verantwortung für die Führung und Koordination der Abstimmung, die sog. deutsche »Propaganda« und führte den parteiübergreifenden »Schlesischen Ausschuß«“ (Ellmann, S. 20).*

Erwähnenswert aus dieser Zeit ist das Zitat des Zeitzeugen Ernst Laslowski:

*„»Man muß wissen, wie es damals in dem Hexenkessel Oberschlesien brodelte, besonders in jenen südlichen Teilen, wo sich die polnische Propaganda am wildesten gebärdete. Mir kam der junge Landrat wie ein unerschütterlicher Fels in der Brandung vor. Ruhig und bestimmt gab er auf unsere Fragen Auskunft, und es strahlte von ihm eine solche innere Sicherheit aus, daß mir dieser Eindruck bis heute lebendig [Juni 1955] blieb«“ (Ellmann, S. 21).*

Hans Lukaschek

*„mobilisierte die Presse und warb mit zahlreichen Kampfbändern, Flugschriften und Plakaten für den Verbleib Oberschlesien bei Deutschland. Es gelang ihm auch, eine gewisse Einheitlichkeit unter den politischen Parteien zu erzielen. Diese verfolgten jeweils eine unterschiedliche Taktik und kämpften für ihr eigenes Programm, was zu einer starken parteipolitischen Zersplitterung geführt hatte“ (Ellmann, S. 21).*

Durch seine Funktion als Oberpräsident Schlesiens geriet er mit der NS-Machtübernahme 1933 schnell in Ungnade: Am 19. Mai 1933 wurde er seines Postens enthoben, denn er hatte sich geweigert, die katholische *Oberschlesische Volksstimme* zu verbieten.

Seine politischen Erfahrungen brachte Lukaschek in den Kreisauer Kreis ein: Am ersten Treffen in Kreisau (22. Bis 25. Mai 1942) nahm er teil. Am zweiten und dritten Kreisauer Treffen nahm Lukaschek *nicht* teil.

Die *drei* Themen des ersten Kreisauer Treffens waren: Bildungspolitik, die territoriale Neugliederung Deutschlands und Minderheitenschutz, somit Themen, bei denen sich Lukaschek, als erfahrener Verwaltungsfachmann und Rechtsanwalt einbrachte. Nach langen Diskussionen wurde man sich einig, auch das Reichskonkordat von 1933 mit dem Vatikan einzubeziehen, damit auch auf die „Neueinrichtung von Bekenntnisschulen“ zu verweisen. Fundamental:

*„die Erneuerung des Bildungswesens:*

*»Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Haß und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenleben der Völker,«  
lauten die Eingangsformulierung des Protokolls“ (Ellmann, S. 93).*

Trotz dieser Bemühungen Lukascheks konnten sich die Kreisauer schließlich dann doch *nicht* über die Wiedereinführung der Bekenntnisschulen einigen. Vielleicht lag es auch daran, daß er an den weiteren Treffen in Kreisau sowie bei den Besprechungen in Berlin nur selten zugegen war.

In dem Punkt der territorialen Neugliederung Deutschland nach der NS-Herrschaft sollte es „eine radikale Neugestaltung der Grundlagen des sozialen und politischen Lebens“ geben (Ellmann, S. 97); darüber soll in einer späteren Zusammenfassung der Kreisauer Entwürfe berichtet werden.

Lukaschek galt, durch seine langjährige Beschäftigung und Erfahrung als Oberpräsident Schlesiens sowie Oberbürgermeister der Stadt Hindenburg als ein ausgewiesener Ostexperte: Der Verlust Oberschlesiens mit seinen 90% Steinkohlereserven bedeutete insbesondere für Schlesien, das schon aus seiner Habsburger Zeit ein *autarkes* Wirtschaftsgebilde bildete, einen herben Verlust:

*„Durch die Grenzziehung kam es zu einem Bruch der Zusammenhänge und beachtlichen Minderheiten auf beiden Seiten der neuen Grenze. Die Grenzziehung, so Lukaschek, habe die bei Deutschland verbliebenen Selbstverwaltungskörperschaften vor schwere Aufgaben gestellt“ (Ellmann, S. 101; Rekurs auf seine Schrift: Die oberschlesische Frage, in: Schlesische Monatshefte 1928, S. 441ff.).*

Fortsetzung auf S. 13



Fortsetzung von S. 12

Die Verwaltung mußte in den 1920ern mit einem gewaltigen Strom von deutschen Flüchtlingen fertigwerden; dieser Aspekt soll in einer besonderen Betrachtung behandelt werden.

Um diese sozialen Probleme abzufedern, war Lukaschek ein Adept des *Selbstverwaltungsgedanken* des preußischen *Reformers* Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein Altenstein sowie des *Subsidiaritätsprinzip* der katholischen Soziallehre.

Aus Sicht der Kreisauer war der Minderheitenschutz integraler Bestandteil des bereits angesprochene Europagedankens.

Bereits im Herbst 1943 konkretisierten sich die Attentatspläne auf den Diktator. Dennoch waren sich die Militärs Ludwig Beck und Günther von Kluge mit Carl Goerdeler *nicht* einig über das konkrete Vorgehen: Anwendung von Gewalt gegen den ‚Führer‘ *oder* Überzeugungskraft, wie sie Goerdeler noch immer vertrat.

Unter den Historikern ist umstritten, ob es bereits, am 13. August 1943 den Versuch gab, Hitler zusammen mit Himmeler und Göring in der Wolfschanze *festzusetzen*. Zumindest behauptet dies der Historiker Ger van Roon basierend auf einem *nachträglichen* Bericht Lukascheks, der diese Information von Helmuth von Moltke erhalten haben soll. Die Aktion scheiterte, da der ‚Führer‘ selbst nicht erschien (Hoffmann, Anm. 162, S. 767).

Nach der Verhaftung von Moltkes im Januar 1944 intensivierte Peter von York seine Kontakte einerseits zum militärischen Widerstand – Beck, Stauffenberg, Olbricht und Treskow – und andererseits zur Goerdeler-Gruppe. Dabei ging es von York um die Gewinnung von Persönlichkeiten für eine provisorische Exekutive mit Kontakten zu den Wehrkreisen im Zuge des Staatsstreichs: Hans Lukaschek war hierbei als ‚Politischer Beauftragter‘ für den WK VIII (Breslau) vorgesehen (Ritter, Anhang X, S. 604f.).

An dem Treffen vom 21. Juni 1944 in der Hortensienstraße in von Yorks Berliner Wohnung nahm auch Lukaschek teil. Weitere Teilnehmer waren Julius Leber, Adolf Reichwein, Theodor Haubach, Peter van Husen und von Trott, es wurde auch über die Kontaktaufnahme zu der illegalen kommunistische Partei diskutiert. Einen Tag später kam es zum Treffen zwischen den Sozialdemokraten Leber und Reichwein mit den Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob. Als Folge wurden alle vier am 4./5. Juli 1944 verhaftet, da bei diesem Treffen auch ein Gestapospitzel zugegen war.

Alle Männer im Widerstand gerieten hierdurch unter Zugzwang: Stauffenberg, von den Verhaftungen umgehend informiert, beschleunigte seine Attentatspläne (Brakelmann, S. 267). Am 14. Juli trafen sich von York, Stauffenberg und Lukaschek erneut bei van Husen. Ein Attentatsversuch am 15. Juli 1944 in der Wolfsschanze scheiterte. Über den neuen Versuch am 20. Juli wurden Stauffenbergs Freunde informiert. Die Literatur über den Anschlag sowie den anschließenden „Staatsstreich“ (Fest) ist schier unübersichtlich.

Fortsetzung auf S. 14



## Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis



Schöningh

Fortsetzung von S. 13

An diesem Tag stand auch Hans Lukaschek in Breslau bereit, sich als Politischer Beauftragter des VIII. Wehrkreis einzubringen: In dem vorherrschenden Chaos konnte der zuständige Wehrkreiskommandant den Kontakt zu Lukaschek erst in der Nacht herstellen. Auf der anderen Seite verfügte Martin Bormann, als Leiter der Parteikanzlei über die Nachrichtenkanäle der Partei zu den Gauleitern:

„Die wirkliche Macht war beim Gauleiter, nicht mehr beim militärischen Befehlshaber“ (Hoffmann, S. 462).

Hans Lukaschek wurde noch in der kommenden Nacht zum 21. Juli 1944 verhaftet. Die meisten Verschwörer kamen, was Lukaschek nicht mitbekam, schnell vor Freislers Volksgerichtshof und wurden unmittelbar nach ihrer Verurteilung hingerichtet. Er entging diesem Verfahren offenbar durch einen »Schutzengel,« dem Göringmitarbeiter Max Winkler. Dieser erwirkte von seinem unter Morphium stehenden Chef die Anforderung von Lukascheks Prozeßakte: So verzögerte sich sein Prozeß um drei entscheidende Monate. Da er bei diesem argumentierte, seine Aussagen seien unter Folter erfolgt, wurde er am 19. April 1945, dem allerletzten Verhandlungstag freigesprochen. Bei der Entlassung in der Nacht auf den 23. April entging er in dem Chaos der Schlacht um Berlin nur knapp der Liquidierung durch SS-Schergen, 16 seiner Mitgefangenen wurden exekutiert (Hoffmann, S. 651f.).

In der Aufbereitung des Staatstreiches wurde der offenbar nicht zutreffende Bericht Lukascheks zu Attentatsversuch vom 13. August 1943 schon erwähnt. Von den Kreisauern war er zudem als Reichverweser für Schlesien vorgesehen. Umstritten hingegen ist, ob er von Helmuth von Moltke, auch als *Reichkommissar* für die Ostprovinzen vorgesehen war, wie er nachträglich behauptete, dies wurde allerdings von Eugen Gerstenmeier bestritten (Ellmann, S. 72).

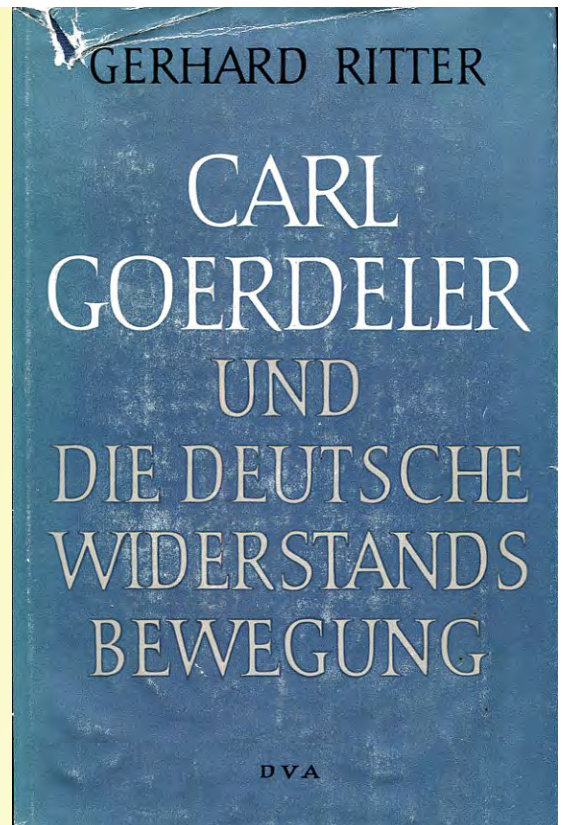
Nach dem Krieg gehörte Hans Lukaschek zu den Gründern der CDU in Berlin und Thüringen. Zwischen dem 20. September 1949 und dem 20. Oktober 1953 war er der *erste Vertriebenenminister* der Bundesrepublik.

#### Literatur

- Wolfgang Benz, Walter H. Pehle: Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt a.M. 1994;  
Günter Brakelmann: Peter York von Wartenburg 1904 – 1944. Eine Biographie, München 2012;  
Michaela Ellmann: Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtlich und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen des Kreisauer Kreises für einen Neuaufbau Deutschlands, Paderborn, München, Wien, Zürich 2000;  
Joachim Fest: Staatsstreich: Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 2004;  
Ulrich von Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938 – 1944: Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarbeit von Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat: Der Kampf der Opposition gegen Hitler, Dritte, neu überarb. und erw. Ausgabe, München 1979;  
Ulrich Karpen und Andreas Schott: Der *Kreisauer Kreis*: Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth James Graf von Moltke, Heidelberg 1996;  
Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile und vier Abbildungen, Stuttgart 1955;  
Klaus Scholder: Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944, 2. Aufl., Berlin 1982;  
Gregor Schöllgen: Ulrich von Hassell. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990;

Fortsetzung folgt

Herbert Karl





Den Nachkommen

Einst leben wir im schönen Wolgalande.  
Am Kar'man steht mein altes Vatershaus.  
Da kam der Krieg. Mit Freunden und Verwandten  
mussten wir nach Sibirien hinaus.

Hart war der Krieg, der Hunger und die Fröste.  
Es mangelte gar oft am lieben Brot.  
Doch schafften wir es und mussten uns aufs Beste  
besinnen  
und langsam überstanden wir die Not.

Jahrzehntelang verachtet und entrechtet,  
aufs Schärfste verleumdet und verkannt.  
O denkt daran, ihr künftigen Geschlecht,  
die ihr den Schmach des Vaters nicht gekannt hat.

Ihr Jungen lebt in Wohlstand und Vergnügen,  
zufrieden mit der Welt und Ihrem Aufenthalt.  
Denkt ihr daran, wie viele Männer  
in Massengräbern dort im wilden Wald liegen?

Kein Kreuz, kein Denkmal zeigt die Grabstätte  
und keine Tafel zählt die Namen auf  
der Menschen, die vor Drangsal und vor Hunger  
zu früh ihren Lebenslauf beendeten.

Verfasst Ende 60-er Jahre  
Veröffentlicht 1989

*Dominik Hollmann (geb. 12. August 1899 in Kamy-  
schin, Gouvernement Saratow, gest. 6. Dezember  
1990 ebenda)*

Ruth- Maria Kubitschek wurde 92 Jahre  
alt

*Anmutig älter werden*

**Schönheit für Körper und Seele**  
„Das Glück wohnt nur in dir selbst,  
erwecke es“

*Die beliebte Schauspielerin erzählt,  
wie sie dem Weg des Älterwerdens  
am liebsten ausgewichen wäre.  
Heute weiß sie: Anmutig älter zu  
werden verlangt ein gewisses Maß  
Arbeit an sich selbst. Mit Humor  
erzählt sie viele Anekdoten aus ih-  
rem Leben und beschreibt, wie sie  
lernte, unwichtige Dinge loszulassen,  
Schmerzen zu akzeptieren und  
Toleranz und Achtsamkeit sich  
selbst und allem Leben gegenüber  
zu entwickeln. Und die gibt viele  
hilfreiche Anregungen für den Alltag: Übungen, die Körper und Geist  
erfrischen, eine morgendliche Gesichtsakupressur und ihre entgiftende  
Bürstenmassage, tägliche Gebete, die die Inspiration und die Intuition  
erhöhen, und eine Meditation, mit der man die Herausforderungen des  
Lebens leichter meistert.*



Ruth-Maria Kubitschek wurde am 2. August 1931 in Komotau, Saazer Kries in Nord-  
böhmen, geboren, sie verstarb am 1. Juni 2024 in der Schweiz.

Mit der Familie, ihr Vater war Leiter eines Kohlebergwerks, verschlug es die Familie  
nach Köthen in die Sowjetische Besatzungszone. Nach einer Ausbildung an der Hoch-  
schule für Theater und Musik (Halle/Saale) und am Stanislawski-Institut debütierte sie  
in Bertold Brechts Herr Puntila und sein Knecht.

Nach einem Theaterauftritt in der Bundesrepublik kehrte Ruth-Maria Kubitschek nicht  
mehr in die DDR zurück.

Unvergesslich bleibt ihre Rolle des „Spatz“ in der Fernsehserie *Monaco-Franze – der  
ewige Stenz* (1983) mit dem Ausnahmetalent eines Volksschauspielers, Helmut Fi-  
scher. Eine weitere ausfüllende Rolle spielte sie in Zeitsatire eines Klatschreporters *Kir  
Royal* (1986) zusammen mit Dieter Hildebrandt.

Insgesamt spielte Ruth-Maria Kubitschek in über 160 Film- und Serienproduktionen  
mit. Zudem war sie als Synchronsprecherin tätig. Seit Mitte der 2020er zog sie sich aus  
dem Filmgeschäft zurück und widmete sich verstärkt der Schriftstellerei: Besonders  
lagen ihr Themen wie das Älterwerden, Meditation und Esoterik.

hk



Dominik Hollmann

**Es kämpft ein Volk  
für seine Menschenrechte**

Briefe und Tagebuchaufzeichnungen über  
die rechtlose Lage der Russlanddeutschen  
in der UdSSR in den Jahren 1957–1990

Herausgegeben von Rudolf Bender

LIT

**HOH(L)SPIEGEL:**

„Wir bekräftigen, jeder einzelne hat ohne  
Unterschied das Recht auf: Gedanken-, Ge-  
wissens- und Religions- oder Glaubensfrei-  
heit, freie Meinungsäußerung, Vereinigung  
und friedliche Versammlung, Freizügigkeit;“  
*Charta von Paris 1990*

**Bildnachweis:**

*Karten, Bilder und Graphiken stam-  
men—wenn nicht extra gekennzeichnet -  
aus Privatsammlungen oder von offizi-  
ellen AfD-Seiten.*

Red./HK

**Impressum**

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw

IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

[www.vadm-afd.de](http://www.vadm-afd.de)

E-Mail:

[kontakt@vadm-afd.de](mailto:kontakt@vadm-afd.de)